



Presseschau vom 28.04.2018

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.*) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts:

de.sputniknews.com: Am Freitag hat der erste Gipfel der Staatschefs Süd- und Nordkoreas seit elf Jahren stattgefunden.

Am Freitag überquerte Kim Jong-un die Demarkationslinie am Grenzposten Panmunjom und wurde damit zum ersten nordkoreanischen Staatschef, der Südkorea besuchte.

Südkoreas Präsident Moon Jae-in betrat auch das Territorium Nordkoreas. Zuvor hatten beide Staatschefs sich die Hand gereicht – dieser Moment dauerte fast eine halbe Minute.

Nach dem Händedruck und Begrüßungsworten kehrten beide Staatschefs auf die südliche Seite zurück und ließen sich mit einem Jungen und einem Mädchen fotografieren, die ihnen Blumen brachten.

Den Beginn des Treffens der Staatschefs Nord- und Südkoreas verfolgten rund 34 Prozent der Bewohner Seouls live im Fernsehen.

Die Anführer der beiden Länder gingen auf dem roten Teppich zu dem Platz, wo die feierliche Eröffnungszeremonie des Gipfels stattfand.

Kim Jong-un traf in Panmunjom in Begleitung seiner Schwester Kim Yo-jong, der Leiterin der Abteilung für Propaganda und Agitation des Zentralkomitees der Arbeiterpartei Koreas, ein.

Die beiden koreanischen Staatschefs gingen in den Pavillon „Haus des Friedens“. Dort ließen sich Kim Jong-un und Moon Jae-in vor dem Hintergrund eines Gemäldes mit koreanischen Bergen fotografieren. Danach trug sich der nordkoreanische Staatschef im Gästebuch ein.

„Wir sind hierher mit dem Gefühl des Beginns einer neuen Geschichte auf dem Weg zu Frieden und Prosperität gekommen. Ich bin mir sicher, dass wir konstruktive Verhandlungen führen können, die zu sehr guten und bedeutenden Ergebnissen führen werden“, sagte Kim Jong-un.

Nordkoreas Staatschef Kim Jong-un und Südkoreas Präsident Moon Jae-in pflanzten an der Demarkationslinie im Grenzgebiet Panmunjom eine Kiefer. Zum Schluss der Zeremonie eröffneten sie feierlich einen Gedenkstättenstein, der nahe dem Baum aufgestellt wurde und auf dem geschrieben steht: „Hier sind Frieden und Prosperität gepflanzt“. Unter der Aufschrift sind die Unterschriften beider Staatschefs eingraviert

Nach der feierlichen Zeremonie gingen die Staatschefs kurz spazieren und sprachen unter vier Augen.

Bei diesem historischen Treffen besprachen die Staatschefs mögliche Wege zur Gewährung des Friedens zwischen den zwei Staaten sowie die weitere Kooperation und Entwicklung. Der Gipfel sorgte für großes Aufsehen in den Medien. Zur Berichterstattung waren rund 3000 Journalisten akkreditiert, ein Drittel davon ausländische Medien. Nach Angaben des Organisationskomitees des Gipfels wurden Vertreter von rund 360 Zeitungen, Agenturen, TV-Sender aus mehr als 40 Ländern akkreditiert.

Das ist der 3. Gipfel zwischen den beiden Koreas. Die früheren Treffen der Staatschefs Süd- und Nordkoreas fanden 2000 (Kim Dae-jung und Kim Jong-il) und 2007 (Roh Moo-hyun und Kim Jong-il) statt – beide Male in Pjöngjang.

Unabhängig von den Ergebnissen wird der Gipfel jedenfalls eine neue Seite bei der Entwicklung der zwischenkoreanischen Beziehungen und der Situation in der Region im Ganzen aufschlagen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32049/61/320496183.jpg>



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32049/62/320496253.jpg>

de.sputniknews.com: „Schlimmer als der Tod“: US-Magazin über erbeutete Tomahawks in Syrien

Die in Syrien abgefangenen und nach Moskau gebrachten US-Marschflugkörper erwartet „ein Schicksal, das schlimmer ist als der Tod“, schreibt das US-Magazin „Popular Mechanics“. Das russische Verteidigungsministerium hatte am Donnerstag Trümmer von Raketen vorgestellt, die die USA, Großbritannien und Frankreich gegen Syrien abgefeuert hatten. Dazu gehörte eine Tomahawk-Rakete, die wegen eines Defektes ihr Ziel verfehlt hatte. Wie der Chef der Hauptverwaltung des Generalstabes der russischen Streitkräfte, Generaloberst Sergej Rudskoi, am Mittwoch mitgeteilt hatte, können die Angaben, die bei der Untersuchung der genannten Raketen gewonnen worden seien, zur Vervollkommnung russischer Waffen genutzt werden.

Das US-Magazin erstellt eine Prognose für das Schicksal der abgefangenen Raketen und unterstreicht, dass die Mitteilung der russischen Behörde „nicht für bare Münze genommen“ werden dürfe.

Der reale Wert der erbeuteten Raketen bestehe darin, dass Moskau bei ihrer Untersuchung lernen könne, Waffen dieser Art zu vernichten.

„In einer modernen Rakete gibt es gewisse Teile militärischer Ausrüstungen, die ein kluger Feind für eigene Zwecke nutzen könnte“, heißt es in dem Beitrag.

Dem Magazin zufolge könnten die besagten Raketen als „Versuchskaninchen“ dienen. Denn Befehle eines Raketensteuerungssystems würden gewöhnlich mithilfe eines Prüfstandes untersucht. „Die erste solche Einschätzung ist nur der Anfang eines langen ‚Todes‘ der gefangen genommenen Rakete“, schreibt das Blatt.

Weitere Erprobungen und Tests könnten jahrelang dauern und schließlich zum „Selbstmord“ der Rakete führen. „Das Dauerduell zwischen US-amerikanischen und russischen Konstrukteuren von Militärtechnik wird fortgesetzt. Ebenso wie echte Albträume der abgefangenen Lenkraketen“, resümiert das Magazin.

de.sputniknews.com: Außenamtssprecherin Sacharowa bangt um die Welt: „USA erkaufen Loyalität anderer“

Die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, muss um die Welt bangen, wenn solche Menschen (wie UN-Botschafterin Nikki Haley) am Ruder sind.

„Haley hatte gestanden, dass die USA die internationale Solidarität erkaufen und die Loyalität einen Preis hat“, schrieb Sacharowa auf Facebook.

Die US-Botschafterin bei der UNO hatte erklärt, dass die schwache Unterstützung für die USA in der Organisation der Vereinten Nationen unzulässig ist, denn Washington zahlt hohe Beiträge an die UNO. Mit 22 Prozent sei der Anteil der USA am UN-Etat höher als der der nachfolgenden drei größten Geberländer zusammen. Dennoch wird die Position der USA im Weltsicherheitsrat von anderen Ländern nur in 31 Prozent der Fälle unterstützt. „Eine solche Reaktion auf Investitionen der USA ist inakzeptabel“, hatte Haley betont.

Sacharowa erinnerte daran, dass die Schulden der USA gegenüber dem regulären UN-Haushalt im laufenden Jahr bei knapp einer Milliarde Dollar liegen.

Zuvor hatten die USA Länder aufgelistet, die im Weltsicherheitsrat gemäß der Position der USA stimmen, wie auch Länder, die den USA widersprechen. Im vergangenen Jahr hatte die UN-Vollversammlung über 93 Resolutionsentwürfe abgestimmt. Die meisten Mitgliedsländer stimmten wie die USA in 31 Prozent der Fälle, was um zehn Prozentpunkte weniger ist als 2016. Derartige Listen werden vom US State Department 34 Jahre in Folge erstellt.

Dnr-online.ru: Der Kommunikationsminister der DVR Wiktor Jazenko gab eine Erklärung ab: „Im Auftrag des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko und mit Unterstützung unseres bevollmächtigten Vertreters bei den Minsker Verhandlungen Denis Puschilin ist es uns endlich gelungen, den Besuch technischer Spezialisten des Unternehmens Vodafone in der Republik zu vereinbaren. Unter Mitwirkung des Kommunikationsministeriums wurde ein Audit des Zustands der Ausrüstung durchgeführt. In den letzten zwei Tagen wurden in gemeinsamen Anstrengungen Wiederaufbaumaßnahmen durchgeführt und heute wurde die Funktion des ukrainischen Operators Vodafone wieder aufgenommen“, heißt es in der Mitteilung.

de.sputniknews.com: Die US-Nationalgarde will Russisch lernen

Die Nationalgarde der USA hat einen Antrag zum Erwerb von Audioprogrammen zum Erlernen der russischen Sprache für die Angehörigen der National Guard des US-Bundesstaates Alabama gestellt.

Einen solchen Antrag habe das Department of the Army (dt. etwa Heeresamt) auf der Website für amerikanische Staatseinkäufe platziert, wie der TV-Sender RT berichtet.

Es werde darin betont, dass es „Audioprogramme zum Erlernen von Sprachen ‚im Gehen‘, d. h. unter Feldbedingungen, sein müssen, die auf Taschen-Audioplayern gespeichert sind“.

Die Programme sollen einen vollständigen Russisch-Sprachkurs enthalten. Aber es seien auch

Anträge des US-Heeresamtes für Spanisch- und Französisch-Sprachkurse auf der erwähnten Website zu finden.

Im August 2017 war mitgeteilt worden, das Pentagon plane, die MFLTS-App durch eine Übersetzung aus mehreren Fremdsprachen, darunter auch aus dem Russischen, ins Englische zu ergänzen.

MFLTS steht für Machine Foreign Language Translation System und ist eine Software zur automatischen Übersetzung aus Fremdsprachen. Diese App wird von US-Militärs bei Auslandseinsätzen genutzt.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32050/07/320500733.jpg>

de.sputniknews.com: Washingtons Uno-Liste zeigt: Supermacht findet nur wenige Freunde
Wer bei der Uno für oder gegen ihre Vorschläge stimmt, erfassen die Vereinigten Staaten statistisch genau. Auch jüngst haben die USA eine Liste ihrer „Freunde“ und „Feinde“ bei den Vereinten Nationen erstellt. Demnach ist die Zustimmung zu US-Positionen in der UN-Vollversammlung um zehn Prozent gesunken. Experten überrascht der Einbruch nicht. Die Vereinten Staaten seien heute die größte Gefahr für die Weltordnung. Deshalb sinke bei den Vereinten Nationen auch die Zustimmung zu US-amerikanischen Initiativen, sagt der Politologe und Publizist Leonid Krutakow gegenüber Sputnik. „Alle Konflikte, die es heute gibt, werden von den USA geschürt, provoziert und entfacht. Alle Regionalkriege der letzten Zeit haben unter direktem Einfluss der Vereinigten Staaten begonnen“, so der Experte. Die USA hätten ihre Berechtigung als Supermacht verloren, betont er: „Gibt es eine Supermacht, muss es auch einen Superfeind geben. Wenn es den Superfeind aber nicht gibt, wird eine Supermacht zu einer Gefahr für die Welt.“ Allmählich verbreite sich jedoch die Einsicht, dass „die USA nicht nur unfähig, sondern auch nicht willens“ seien, die Lösung politischer Probleme durch Gespräche zu erzielen. „Sie bevorzugen stattdessen den Gewalteinsatz.“

Oder die USA setzen wirtschaftliche Hebel in Bewegung: „Die Wirtschaft ist für die Vereinigten Staaten ein Mittel, die politische und geopolitische Vorherrschaft zu erringen. Und diese Vorherrschaft münzen sie dann wiederum in wirtschaftliche Vorteile um. Donald Trump ist das beste Beispiel dafür“, erklärt der Politologe. Die Welt sei zu unbeständig, es fehle ein starker Ordnungskern. Nur deshalb seien die USA mit ihrer Strategie erfolgreich. „Wir sehen zum Beispiel, wie die USA die EU erdrücken, nur damit sie keine unabhängigen Bezugsquellen für Energierohstoffe hat“, sagt der Experte mit Blick auf die Ostseepipeline

Nord Stream 2.

Washington hat kürzlich eine spezielle Liste erstellt, in der die UN-Mitglieder danach aufgeteilt sind, ob sie die Positionen der USA in der UN-Vollversammlung unterstützen oder nicht. Zu den regelmäßigen Unterstützern gehören demnach unter anderem Israel, Kanada, Australien, Großbritannien, Frankreich, die Ukraine und Tschechien. Übliche Kontrahenten der Vereinigten Staaten in der UN-Vollversammlung sind Länder wie der Iran, Syrien, Venezuela, Nordkorea, Kuba, Turkmenistan, Bolivien und die Republik Südafrika.

Washingtons UN-Botschafterin Nikki Haley sagte in diesem Zusammenhang: „Das US-amerikanische Volk finanziert 22 Prozent des UN-Budgets – mehr als die drei nachfolgenden Geberländer zusammen. Trotz dieser Großzügigkeit stimmten die anderen in der Uno nur in 31 Prozent der Fälle mit uns gemeinsam.“ Dies sei der tiefste Wert seit 2016 und eine inakzeptable Resonanz auf US-Investitionen. Präsident Trump möchte nun sicherstellen, so Haley weiter, „dass unsere Unterstützung in Form von Dollar – die großzügigste in der Welt – immer den US-Interessen dienen kann“.

[Ukrinform.ua: US-Außenministerium: Russland destabilisiert die Ukraine, Georgien und Syrien](#)

[Russland spielt eine destabilisierende Rolle in der Ukraine, Georgien und Syrien](#)

[Das schrieb die Pressesprecherin des US-Außenministeriums Heather Nauert auf Twitter. Ihr zufolge ist die Nato relevanter als je zuvor seit dem Kalten Krieg. „Heute fokussieren wir uns auf die fortdauernde Aggression Russlands, auf seine Fähigkeit, seine Nachbarn zu bedrohen, zu nötigen, zu unterminieren und anzugreifen. Russland spielt eine destabilisierende Rolle in der Ukraine, Georgien und Syrien. Die Nato ist eine Verteidigungsallianz angesichts dieser Bedrohung“, so die Sprecherin. Laut Nauert hätten der US-Außenminister Pompeo und anderen Außenminister der Nato bekräftigt, dass es keine Rückkehr zu den Beziehungen mit Russland als "business as usual" gebe, bis Russland die Vereinbarungen von Minsk umsetzen würde. Es gehe um Truppenabzug, ein Ende der Unterstützung für Separatisten im Donbass und die Rückgabe der Krim an die Ukraine.](#)

[de.sputniknews.com: Militärschlag auf Iran? Trump weicht Antwort aus](#)

US-Präsident Donald Trump hat nach Angaben der Zeitung „The Independent“ nicht eindeutig sagen können, ob die USA zu einem Militäreinsatz gegen den Iran bereit ist. „Ich werde es nicht besprechen, ob ich militärische Gewalt anwenden werde oder nicht, da dies nicht diskutiert werden sollte. Aber sie (die Iraner – Anm. d. Red.) werden keine Kernwaffen entwickeln. Das kann ich Ihnen sagen“, äußerte Trump am Freitag auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzlerin Angela Merkel im Weißen Haus. Washington soll bis zum 12. Mai entscheiden, ob das aktuelle Atom-Abkommen mit dem Iran verlängert werden soll, fügte er hinzu.

Der Iran und die Sechsergruppe der internationalen Vermittler (Russland, die USA, Großbritannien, China, Frankreich und Deutschland) hatten am 14. Juli 2015 die historische Vereinbarung über die Regelung der langjährigen Problematik um das iranische Atom-Programm erzielt. Es wurde ein Gemeinsamer umfassender Aktionsplan beschlossen, bei dessen Erfüllung die gegen den Iran zuvor verhängten Wirtschafts- und Finanzsanktionen seitens des UN-Sicherheitsrates, der USA und der Europäischen Union aufgehoben werden.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen in den letzten 24 Stunden **siebenmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurde die Gebiete von **Perwomajsk, Kalinowo, Frunse, Donezkij, Kalinowka und Schelobok**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Russischer Diplomat: Heuchelei britischen OPCW-Botschafters ist grenzenlos

Laut einem Sprecher der russischen Botschaft in London hat die Heuchelei des britischen Botschafters bei der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW), Peter Wilson, keine Grenzen.

Wilson hatte zuvor gesagt, dass Russland mit seinem Briefing unter Teilnahme von Augenzeugen der jüngsten Ereignisse im syrischen Duma versucht habe, die Arbeit der OPCW zu untergraben. Er nannte das gestrige Pressegespräch in Den Haag einen Trick und behauptete, es habe ohne Zustimmung des OPCW-Generaldirektors stattgefunden.

In einem Gespräch mit Sputnik sagte der russische Botschaftssprecher, Russland habe gleich nach dem angeblichen C-Waffen-Einsatz am 7. April in Duma eine dringliche Untersuchung durch OPCW-Experten gefordert. „Moskau hat immer darauf bestanden, dass der OPCW bei der Untersuchung zum Einsatz von chemischen Waffen eine zentrale Rolle zuteilwird. Wir sind überzeugt: Nur eine wirklich unabhängige Untersuchung kann die Antwort auf die Frage danach geben, was eigentlich in dieser syrischen Stadt geschehen war.“

Doch Großbritannien sei einen anderen Weg gegangen, so der Diplomat weiter.

„London hat die OPCW-Prozeduren ignoriert. Anhand von mehr als zweifelhaften ‚Zeugnissen‘ und von kaum prüfbareren Berichten in sozialen Medien haben Großbritannien, die USA und Frankreich die syrischen Behörden des Einsatzes von chemischen Waffen gegen das eigene Volk beschuldigt. Mehr noch, die genannten Länder haben Militärschläge gegen einen unabhängigen Staat geführt und damit die Grundprinzipien des Völkerrechts verletzt“, so der Botschaftssprecher.

„Die Logik Großbritanniens ist absurd. Großbritannien erklärt, die Vorstellung echter Augenzeugen sei ein Trick. Wie soll denn in diesem Fall das Video genannt werden, das von den von Großbritannien unterstützten ‚Weißhelmen‘ gedreht wurde und diese Menschen zeigt, die ahnungslos ‚Opfer‘ einer angeblichen chemischen Attacke darstellten?“, so der Botschaftssprecher.

Russland hatte am Donnerstag ein Briefing für die bei der OPCW akkreditierten Botschafter veranstaltet, an dem 17 Augenzeugen der in Szene gesetzten C-Waffen-Attacke im syrischen Duma teilgenommen hatten.

Die USA, Großbritannien und Frankreich hatten in der Nacht zum 14. April Raketenschläge gegen syrische Regierungsobjekte geführt, die nach ihrer Behauptung für die Produktion chemischer Waffen genutzt würden. Damaskus hat wiederholt erklärt, dass das gesamte C-Waffen-Arsenal unter OPCW-Kontrolle aus Syrien abtransportiert worden sei.

Dnr-news.com: Die ukrainische Armee führte großangelegte Übungen an der Küste des Asowschen Meeres zur Abwehr einer „großflächigen Invasion“ durch Die ukrainischen Streitkräfte führten am Ufer des Asowschen Meeres großangelegte Übungen unter Beteiligung von Artillerie, der Luftstreitkräfte und Panzertechnik durch. Dies wurde vom Pressedienst des Verteidigungsministeriums der Ukraine mitgeteilt. „Dem Plan der Übung nach vernichtete ein angenommener Feind in Verletzung von Friedensverhandlungen und unter Verwendung neuester Amphibienfahrzeuge den Widerstand des Grenzschutzdienstes der Ukraine und begann eine großflächige Invasion unseres Landes. Um den Aggressor aufzuhalten, gingen die Luftlandetruppen zum Gegenangriff über,

was zur Zerschlagung des Feindes führte“, heißt es in der Erklärung. Es sei darauf hingewiesen, dass an der Übung mehr als 500 Soldaten und etwa 200 Einheiten verschiedenster Technik teilnahmen: Panzer, Schützenpanzer, Schützenpanzerwagen, Artillerie, Mehrfachraketenwerfersysteme, aber auch Kampfhubschrauber M-24 und Transporthubschrauber des Typs Mi-8 teilnahmen.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-04/thumbs/1524833717_44312f7b3f52a8b777bfab9fd02c7aa12d74f4a5.jpg



http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-04/thumbs/1524833727_daf601928f26d84f672b1bad70959b0a6d776cbc.jpg

de.sputniknews.com: „Weltkriegsgefahr steigt und deutsche Truppen zielen auf Russland“ – Historiker warnt

Deutschland als größte Militärmacht Europas, schlagkräftiger als Russland – das will Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Der Friedensforscher und Historiker Reiner Braun ist sich sicher: Die SPD in der Regierung wird sie daran nicht hindern. Er warnt vor einem neuen Weltkrieg, in dem sogar deutsche Atombomben eine Rolle spielen können....

Das komplette Interview unter: <https://soundcloud.com/sna-radio/weltkriegsgefahr-kritischer-denn-je-deutsche-truppen-zielen-auf-russland>

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 27. April 3:00 bis 28. April 3:00

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 17.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Krutaja Balka, Wasiljewka, Jasinowataja, Spartak, Donezk (Abakumow-Bergwerk), Petrowskoje, Nowolaspa, Oktjabrj, Kominternowo, Leninskoje, Dsershinskoje, Sachanka.**

Gestern Morgen eröffneten die ukrainischen Streitkräfte das **Mörserfeuer auf das Gebiet an der Donezker Filterstation, während des Wechsels der Arbeitsschichten** der Station.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 758.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 1043.

de.sputniknews.com: Nach Giftaffäre: Aberkennung russischer Bildungsurkunden durch London: Was weiter?

Großbritannien ist nicht gewillt, russische Bildungsdiplome anzuerkennen, was einen negativen Einfluss auf den Bildungsbereich des Landes selbst ausübt. Das verlautete aus der russischen Botschaft in London gegenüber Sputnik.

„Vor dem Hintergrund einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen beiden Ländern und der hier entfesselten antirussischen Kampagne verliert auch die britische Privatbildung für Russen an Attraktivität“, sagte der Diplomat.

Zudem würden nun Kinder aus Russland befürchten, in Großbritannien in eine „unfreundliche Atmosphäre“ zu geraten.

Eine Rolle spiele dabei auch die Tatsache, dass London im Unterschied zu anderen europäischen Ländern das Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Bildungsdiplomen blockiert habe.

„Dies ist für russische Familien ein wichtiger Faktor bei der Auswahl des Ausbildungsortes für ihre Kinder. Jene, die doch ihr Studium an britischen Hochschulen fortsetzen, berichten über diverse politisierte Umfragen und antirussische Äußerungen von Lehrern. All dies macht das Studium kaum angenehm“, so der Diplomat.

Mit seinem Vorgehen schädige London somit den Bildungssektor im eigenen Land, betonte er abschließend.

Zuvor hatten britischen Medien berichtet, dass die Zahl der russischen Studierenden an britischen Privatschulen in den vergangenen zwei Jahren um fast 40 Prozent zurückgegangen sei.

Die ohnehin nicht einfachen Beziehungen zwischen Russland und Großbritannien hatten sich vor dem Hintergrund des Vorfalls im britischen Salisbury noch mehr verschlechtert, wo der ehemalige GRU-Offizier Sergej Skripal und seine Tochter Julia bewusstlos aufgefunden und mit Anzeichen einer Vergiftung in ein Krankenhaus gebracht wurden. Die britischen Behörden behaupten, dass Russland hinter der Vergiftung mit dem Nervengift A234 stehe. Moskau weist diese Anschuldigungen entschieden zurück...



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32050/67/320506716.jpg>

dnr-news.com: Poroschenko erwartet die Einführung einer strafrechtlichen Verfolgung für illegalen Grenzübertritt

Petr Poroschenko erwartet, dass in der Ukraine wieder der Straftatbestand eines illegalen Grenzübertritts eingeführt wird. Dies sagte er am Freitag anlässlich des 100. Jubiläums der Schaffung des Grenzschutzdienstes der Ukraine.

„Im ukrainischen Parlament wird heute die Initiative zur Einführung bzw. Wiedereinführung des Straftatsbestands für illegale Grenzübertritte, der vor einigen Jahren unbedacht abgeschafft worden war, diskutiert. Ich bin mir sicher, dass sich im Parlament die notwendige Einigkeit finden wird, dass dieses Gesetz so schnell wie möglich verabschiedet werden kann“, sagte Poroschenko.

Zurzeit sieht die ukrainische Gesetzgebung für illegalen Grenzübertritt Ordnungsstrafen vor – Geldstrafen, Arbeitsstunden oder Ordnungsarrest bis zu 15 Tagen.

Ukrinform.ua: Außenminister Polens: Russland-Sanktionen müssen bleiben

Russland destabilisiert die Sicherheitslage in Europa und in den Nachbarländern.

Deswegen müssen die Sanktionen gegen das Land aufrechterhalten werden, sagte der polnische Außenminister, Jacek Czaputowicz, nach dem Außenministertreffen der Nato am Freitag in Brüssel. Das berichtet die Nachrichtenagentur PAP. Beim Treffen habe Czaputowicz auf Manöver der russischen Armee in der polnischen Wirtschaftszone Ostsee, den Anschlag mit dem Einsatz von Nervenkampfstoff im britischen Salisbury sowie auf die Weigerung Russlands, das Wrack der polnischen Präsidentenmaschine an Polen zu übergeben, hingewiesen. Die Mehrheit habe sich für eine starke Haltung der Verbündeten gegenüber Russland ausgesprochen. Nur solche Handlungen könnten Erfolg haben.

de.sputniknews.com: Mehr US-Truppen in Polen? Pentagon schließt entsprechende Diskussion nicht aus

Der Pentagon-Chef James Mattis hat kurz vor seinem Treffen mit dem polnischen Amtskollegen Mariusz Błaszczak seine Bereitschaft geäußert, die Vergrößerung des amerikanischen Kontingents auf dem Territorium Polens zu besprechen. Dies verlautet aus der offiziellen, auf der Homepage des US-Verteidigungsministeriums veröffentlichten Mitteilung.

„Polen ist eine Nato-Verbündeter. Bei der Nato empfangen wir die Truppen gemäß den Bedürfnissen im Sicherheitsbereich. Wir sind immer offen für solche Diskussionen“, sagte Mattis.

Die westlichen Politiker, insbesondere aus Polen und dem Baltikum, sprechen regelmäßig über die angebliche russische Bedrohung. Moskau hatte wiederholt betont, Russland habe keine Angriffspläne gegen jegliche Nato-Länder. Dem russischen Außenminister Sergej Lawrow zufolge ist man sich in der Nato bewusst, dass Russland keine Angriffspläne hat. Dieser Vorwand werde aber benutzt, um mehr Militärtechnik und Truppen an der Grenze zu Russland zu stationieren. Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu hatte Anfang April erklärt: „Ein 10.000-köpfiges Kontingent, ausgestattet mit allen Typen von Angriffsrüstungen, ist im Baltikum und in Polen positioniert.“

Dnr-online.ru: In der Folge eines Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde in Krasnyj Partisan im Jasinowataja-Bezirk eine Hochspannungsleitung beschädigt. Einwohner von Krasnyj Partisan (537 Verbraucher des privaten Sektors) haben keinen Strom, teilte heute die Stadtverwaltung von Jasinowataja mit. Die Hochspannungsleitung befindet sich in der Pufferzone, deshalb werden die Reparaturarbeiten durch die Elektrizitätswerke nach einer Abstimmung zwischen den Konfliktseiten stattfinden.

de.sputniknews.com: „Sich der demokratischen Welt anschließen“: Staatsduma kontert Pompeos Vorschlag

Der Leiter des Ausschusses für GUS-Angelegenheiten bei der Staatsduma (russisches Unterhaus), Leonid Kalaschnikow, hat am Samstag die Erklärung von US-Außenminister Mike Pompeo kommentiert, wonach sich Russland der „demokratischen Welt“ anschließen müsse.

„Wenn Pompeo gemeint hat, dass Russland auf den Knien zum Washington-Olymp kriechen müsse, so wird das kaum passieren“, so Kalaschnikow.

Ihm zufolge sind jene Demütigungen gegenüber Russland, die Washington in den vergangenen sechs Monaten zu unternehmen versuchte, darunter durch offensichtliche Provokationen, misslungen.

Zudem hänge die Bereitschaft Russlands, die Völkerrechtsnormen einzuhalten, auch von der Position Washingtons zu dieser Frage ab.

Zuvor hatte US-Außenminister Mike Pompeo erklärt, Washington wolle, dass sich Russland der „demokratischen Welt“ anschließe.

de.sputniknews.com: Davon hängt Realisierung von Nord Stream 2 ab – Moskau

Die Umsetzung des Projektes zum Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 hängt laut dem russischen Vize-Außenminister Alexander Gruschko davon ab, ob die EU-Länder einem Druck seitens der USA standhalten können.

„Die Frage ist, ob Europa dem Druck der Amerikaner widerstehen kann, die alle Möglichkeiten einsetzen, um die Umsetzung dieses Projektes zu verhindern und nebenbei die Europäer zum Kauf von US-amerikanischem Flüssiggas zu überreden“, so Gruschko.

Zuvor hatte der Vize-Vorstandsvorsitzende des russischen Energiekonzerns Gazprom, Alexander Medwedew, erklärt, dass das Unternehmen auch den Bau einer Nord-Stream-3-Pipeline nicht ausschließe, sollte die EU den Bedarf an russischem Erdgas bestätigen.

Das Projekt Nord Stream 2 sieht die Verlegung von zwei Pipelinesträngen mit einer Jahresgesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmetern Gas vor. Die Stränge sollen parallel zur bereits bestehenden Pipeline Nord Stream von der russischen Ostseeküste bis nach Deutschland verlaufen.

Gegen das Pipeline-Projekt machen mehrere Länder Front. Dazu gehören die Ukraine, die um ihre Einnahmen aus dem Transit russischen Gases bangt, und die USA, die ambitionierte Pläne zum Export von Flüssiggas nach Europa hegen. Lettland, Litauen und Polen haben gemeinsam ihren Unwillen über den Bau der Pipeline geäußert.

Dnr-online.ru: Heute haben ukrainische Truppen wieder beim Wechsel der Arbeitsschicht der Donezker Filterstation das Mörserfeuer auf das Gebiet der DFS eröffnet, teilt die Vertretung der DVR im GZKK mit.

Gegen 10:00 sind gemäß einer Vereinbarung Ingenieure des Zivilschutzministeriums der DVR und eine OSZE-Patrouille zur DFS gefahren, um Entminungsmaßnahmen vorzunehmen, um eine sichere Fahrt der Patrouille der Mission und der Mitarbeiter der Station zu ermöglichen. Sie fuhren auf der Straße von Jasinowatja in Richtung DFS.

Zu dieser Zeit begann von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Awedewjka ein Mörserbeschuss auf das Gebiet an der DFS, es wurden 21 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 12 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

Die Vertreter des Zivilschutzministeriums konnten bis jetzt keine Entminungsmaßnahmen durchführen und die diensthabende Schicht kann nicht mit der Arbeit beginnen.

Der Beschuss geht derzeit mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen weiter.

de.sputniknews.com: Syrienkrieg und Skripal: Wissenschaftler verurteilen Haltung der Bundesregierung

„Wir verurteilen die Ausweitung der verbrecherischen Kriegspolitik von USA, Großbritannien und Frankreich“, heißt es in einer Erklärung, die 32 Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland unterzeichnet haben. Im Sputnik-Interview fordert auch der Politologe Mohssen Massarrat diese Staaten auf, sich an das Völkerrecht zu halten.

„Erstens: die kriegserischen Handlungen der drei Staaten sind völkerrechtswidrig“, erklärt Mohssen Massarrat, emeritierter Professor für Politik und Wirtschaft am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück, in Bezug auf den Angriff auf Syrien.

„Zweitens ist es ein Angriffskrieg. Drittens ist der Kriegsgrund eine bloße Spekulation über das syrisch Regime von Baschar-al-Assad: Dieses Regime sei schuld an der Anwendung von Chlorgas. All das zusammen widerspricht jeglicher moralischer Einstellung, jeglichem Anstand und vor allem dem deutschen Grundgesetz.“

Bundesregierung unterstützt Angriffskrieg auf Syrien

Deswegen wird in der Erklärung auch die Bundesregierung scharf kritisiert. Sie habe diese Kriegshandlungen unterstützt. Moralisch einerseits und, wie Massarrat betont, auch indirekt durch Awacs-Aufklärungsflugzeuge.

Dass die Bundesregierung behauptet, „die Evidenz, dass in Syrien Chemiewaffen eingesetzt wurden“, sei „sehr klar und sehr deutlich“, um dann indirekt Assad und Putin für den angeblichen Giftgaseinsatz verantwortlich zu machen, sei nicht nachvollziehbar.

Verletzung des Völkerrechts

Wenn die Länder tatsächlich solche Beweise hätten, müssten sie sie auch vorlegen, verlangt Massarrat. Die Beweise müssten dann von einem internationalen Gremium untersucht werden. Die Untersuchungen des UN-Gremiums habe man aber überhaupt nicht abgewartet.

Der Politikwissenschaftler verweist auch auf das Völkerrecht, welches Ausdruck des rechtsstaatlichen Gedankens auf internationaler Ebene sei und die Beziehungen der Staaten zueinander regle, um zu verhindern, dass der stärkere Staat nicht willkürlich selbst entscheidet, urteilt und dann auch noch selbst das Urteil umsetzt. Massarrat bekräftigt:

„Das Völkerrecht schreibt vor, dass solche Attacken und Kriegshandlungen vom UN-Sicherheitsrat beschlossen werden müssen. All das ist nicht geschehen. Von daher haben wir

im Geiste der deutschen Friedensbewegung handeln wollen und auch müssen. Die deutsche Friedensbewegung ist strikt gegen jegliche Form von Angriffskriegen und gegen die Verletzung des Völkerrechts.“

Übernahme britischer Positionen im Fall Skripal

Auch im Fall Skripal hätte sich die Bundesregierung zurückhalten müssen. Das habe sie jedoch nicht getan. Außenminister Heiko Maas habe zu schnell die Position Großbritanniens übernommen. Er habe nicht auf Untersuchungsergebnisse gewartet und einfach behauptet, die Indizien oder Beweise seien eindeutig. Die Öffentlichkeit habe ein Anrecht darauf, diese Beweise kennenzulernen, so Massarat:

„Ein Minister kann nicht einfach behaupten, es gäbe Beweise, ohne diese Beweise vorzulegen. Bei einer so wichtigen Angelegenheit hat jeder Politiker die Pflicht, das, was er für Beweise hält, der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Wie glaubwürdig kann eigentlich eine Regierung überhaupt noch sein, die so handelt, als wären die Bürger wie blinde Esel, die alles hinnehmen, weil sie es glauben müssen, was die Regierung sagt.“

Beteiligung am Syrienkrieg stoppen

Die Bundesregierung müsse jegliche eskalierende Handlungen unterlassen und ihre Beteiligung am Syrienkrieg in jeglicher Form sofort abstellen. Dazu gehöre auch, dass die deutschen Awacs-Flugzeuge zurückbeordert werden müssten. Darüber hinaus müsste die deutsche Bundesregierung in solchen Angelegenheiten zuallererst versuchen zu vermitteln, meint Massarat, damit die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten nicht in einen heißen Krieg zwischen den beiden Supermächten umschlagen. Man müsse dafür sorgen, dass die syrischen Kriegsparteien zusammenkommen und politisch eine Lösung finden, zum Beispiel bei der Genfer Syrienkonferenz. Dies scheitere allerdings bisher vor allem an den syrischen Rebellen, wie Massarat erklärt:

„Bei jedem dieser Versuche, eine politische Lösung zu finden, waren es die extremistischen Rebellen gewesen, die als syrische Opposition an den Verhandlungen indirekt oder direkt beteiligt waren. Sie fordern aber, dass Baschar al-Assad, der gewählte syrische Präsident, nicht Verhandlungspartner sein kann. Mit einer solchen Forderung haben extremistische Rebellen seit Jahren die Friedensgespräche blockiert. Sie haben so einen Weg blockiert, der vielleicht dazu führen könnte, dass in Syrien freie Wahlen stattfinden könnten und durch eine freie Wahl unter internationaler Beobachtung eine Regierung gewählt wird, die niemand in Zweifel stellen kann, damit der Bürgerkrieg ein Ende findet.“

Armiyadnr.su: Dringende Erklärung des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die Terroristen der 93. Brigade der Besatzungstruppen unter Kommando des Kriegsverbrechers Klotschkow haben wieder friedliche Stadtteile von Dokutschajewsk beschossen.

Indem sie mit 120mm-Mörsern die Gebiete der Basarnaja-Straße und der Polsunow-Straße beschossen haben, haben sie **zwei Männer getötet und eine Frau verletzt**. Gewöhnliche friedliche Einwohner unserer Republik, die nicht an dem militärischen Konflikt beteiligt sind. Eines der Mörsergeschosse traf ein **Fahrzeug der kommunalen Dienste**, die übrigen trafen Häuser und beschädigten zwei Häuser.

nachmittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in der Nacht mit großkalibrigen Mörsern Donezkj beschossen, das zu Kirowsk gehört, in der Folge wurden eine Reihe von Wohnhäuser

beschädigt, teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko mit.
Es wurde mit 120mm-Mörsern aus Richtung Nowotoschkkowskoje geschossen.

Dnr-online.ru: Wie bereits von der Vertretung der DVR im GZKK mitgeteilt wurde, haben ukrainischen Soldaten während des Wechsels der Arbeitsschicht der DFS das Mörserfeuer auf das Gebiet der DFS eröffnet, in der Folge konnten weder das Zivilschutzministerium der DVR noch das Personal oder die OSZE-Mission zur Station fahren.

Die OSZE weigerte sich, die Beobachtung des Schichtwechsels der DFS durchzuführen, da das Regime der Ruhe verletzt wurde. Das Monitoring der Rotation der Schichten wird morgen wieder aufgenommen, wenn ein nachhaltiges Regime der Feuereinstellung eingehalten wird. In der Station arbeitet weiter die vorherige Schicht.

de.sputniknews.com: Ist Pjöngjangs Testgelände schon geschlossen? US-Geheimdienste zweifeln

Die US-amerikanischen Geheimdienste schließen nicht aus, dass das von Pjöngjang für geschlossen erklärte unterirdische Atomwaffentestgelände Punggye-ri weiter genutzt wird. Das berichtete die Agentur Reuters am Samstag unter Verweis auf eigene Quellen.

„Es gibt keine Gründe anzunehmen, dass das Testgelände Punggye-ri schon stillgelegt worden ist“, sagte ein Insider.

Nach Angaben der US-Geheimdienste ist das Testgelände immer noch für Tests geeignet, obwohl sich dort Ende September 2017 eine ernsthafte Havarie ereignet haben soll.

Im Oktober 2017 hatte der japanische Fernsehsender Asahi Today mitgeteilt, beim Einsturz eines Tunnels unter dem Atomtestgelände Punggye-ri wären bis zu 200 Menschen ums Leben gekommen. Nahezu 100 Arbeiter wären beim Einsturz des Tunnels verschüttet worden und 100 weitere Menschen wären bei dem Versuch, sie zu retten, ums Leben gekommen, als sich ein zweiter Absturz ereignete. Die Experten waren davon ausgegangen, dass der Einsturz mit den durch die Raketentests provozierten Erdbeben zusammenhängen könne.

Am 21. April hatte Nordkorea den Stopp aller Nuklear- und Raketentests angekündigt. Außerdem soll der Betrieb des im Norden des Landes gelegenen Nuklear-Testgeländes eingestellt werden.

Das Testgelände Punggye-ri ist eine militärische Anlage bei Punggye-ri in der Provinz Hamgyöng-pukto im gebirgigen Nordosten von Nordkorea, wo geheime Anlagen für Atomwaffentests vermutet werden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30615/53/306155322.jpg>

Dnr-online.ru: Heute wurde in der Folge eines Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte **eine friedliche Einwohnerin** – N.L Pilipenko, geb. 1942, die im **Petrowskij-Bezirk von Donezk** lebt, **verletzt**.

Es wurde aus Richtung Marjinka mit Granatwerfern geschossen und 15 Granatgeschosse abgeschossen.

Außerdem haben die ukrainischen Truppen in dem Moment, als der **Krankenwagen** eintraf, **das Scharfschützenfeuer auf den Ort des Geschehens** eröffnet.

Die Verletzte befindet sich derzeit im Donezker Stadtkrankenhaus Nr. 14. Die Diagnose ist Splitterverletzung der linken Schulter und des rechten Knies.

de.sputniknews.com: Wirtschaft „in Fetzen gerissen“? Medwedew lädt Obama nach Russland ein

Der russische Premierminister Dmitri Medwedew hat dem ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama vorgeschlagen, nach Russland zu kommen und sich die „in Fetzen gerissene“ Wirtschaft Russlands anzusehen.

In seinem Interview für das Programm „Nachrichten am Samstag“ im TV-Sender „Rossija 1“ verwies der russische Premier auf die Aussagen des Ex-Präsidenten Barack Obama aus dem Jahre 2015, als jener erklärt hat, dass die russische Wirtschaft nach der Verhängung der Anti-Russland-Sanktionen „in Fetzen gerissen“ gewesen sei.

Damals warf Obama Russland die „Aggression“ in der Ukraine vor, was Moskau jedoch strikt dementiert, und erklärte, dass Russland dank den USA in eine internationale Isolation geraten sei, was seine Wirtschaft hart getroffen habe.

„Er kommt nicht so gern zu uns; er hat uns versprochen, dass unsere Wirtschaft in Fetzen gerissen sein werde. Soll er doch kommen und sich diese Fetzen ansehen“, sagte Medwedew.

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die Lage an der Kontaktlinie **bleibt angespannt**.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Besatzungskräfte **in Richtung Donezk** die Gebiete von **sechs Ortschaften** beschossen. Der Feind hat 29 Mörsergeschosse abgeschossen,

davon neun des Kalibers 120mm. Er hat auch mit Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In Richtung Mariupol hat der Feind die Gebiete von **sechs Ortschaften** beschossen und 48 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen sowie mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In Richtung Gorlowka wurden **keine Beschüsse** festgestellt.

Insgesamt haben die ukrainischen Banden in den letzten 24 Stunden **17 Mal** das Regime der Feueereinstellung verletzt.

Heute haben die Terroristen ein weiteres Mal verhindert, dass die Arbeitsschicht der Arbeiter der Donezker Filterstation ihren Dienst aufnehmen konnte.

Die Kämpfer haben trotz der Anwesenheit von OSZE-Fahrzeugen und Beobachtern in der Kolonne auf die zur DFS fahrende Ablösung geschossen.

Wir hoffen, dass dieser Fall die internationalen Beobachter zwingen wird, über die wahren Ziele des Genozids, die sich die ukrainischen Besatzer gesetzt haben, nachzudenken, und sie aufhören werden sie zu verteidigen.

Außerdem sind wir überzeugt, dass diese Handlungen der ukrainischen Seite **unverzüglich auf einer außerordentlichen Sitzung der OSZE** behandelt werden müssen.

Die Kämpfer schießen zielgerichtet auf friedliche Bürger und Beobachter, die nicht an diesem Krieg beteiligt sind! Allein **im April** sind **18 Bürger verletzt** worden und **fünf** wurden **getötet**. Davon sind **vier in den letzten drei Tagen gestorben!**

Warten Sie darauf, dass Vertreter der OSZE-Mission beginnen zu sterben? Die ukrainischen Terroristen werden bald auch damit beginnen!

Wie wir zuvor mitgeteilt haben, verheimlicht der Stab der sogenannten „ATO“ weiterhin die Verluste bei Gefechten mit unseren Streitkräften. Wir schließen nicht aus, dass die drei Kämpfer, die gestern während eines erfolglosen Durchbruchversuchs durch unsere südlichen Positionen starben, von ihren Kameraden auf dem Weg nach Hause irgendwo hinterlassen wurden und man offiziell mitteilen wird, dass sie vermisst sind und die Suche begonnen wurde. So war dies bereits mit getöteten Kämpfer bei Sajzewo und Donezk, wo die Besatzer deren Tod erst nach der Veröffentlichung der Information über die Entdeckung der Leichen durch unsere Soldaten zugaben.

An uns wenden sich weiter Einwohner der zeitweise von der Ukraine kontrollierten Gebiete des Donezker Oblast mit Beschwerden über die Handlungen der Besatzer.

Im Sanatorium „Schachtjor“ in der Nähe von Swjatogorsk wurde **von Nationalisten aus dem „Rechten Sektor“ ein Spezialausbildungszentrum für Kämpfer** eingerichtet. Der Unterricht erfolgt durch **Instrukteure aus dem Zahl ehemaliger und aktiver Mitarbeiter von Spezialdiensten und Spezialeinheiten der Ukraine sowie durch ausländische Instrukteure auf Polen, Lettland und Kanada.**

Daneben, dass die Kämpfer die Ausbildung durchlaufen, um in der Folge die erlernten Fertigkeiten beim Mord friedlicher Bürger unserer Republik anzuwenden, sind die Einwohner von Swjatogorsk über die Existenz des Lagers in einem Naturschutzgebiet sowie über das dreiste und offen banditenhafte Verhalten der „Kursanten“ des Zentrums entsetzt, von denen es derzeit im Lager etwa 800 gibt.

Auf dem Territorium des Zentrums gilt ein Alkoholverbot, aber ein Mal im Monat hat ein Teil der Kursanten Stadturlaub für zwei Tage, sie fallen gierig über Alkohol her und begehen Verbrechen und terrorisieren die Einwohner. Die örtlichen Rechtsschutzorgane kommen mit diesen Banditen nicht zurecht, weil die Neonazisten von Seiten der politischen Elite der Ukraine geschützt werden.

Mehrfache Appelle von Einwohnern und der Verwaltung von Swjatogorsk an das Kommando der sogenannten „ATO“, dass das Lager geschlossen werden soll, erbrachten keine Ergebnisse. Am 15. April hat eine Initiativgruppe von örtlichen Einwohnern gewarnt, dass sie angesichts des Fehlens realer Handlungen der Selbstverwaltungsorgane eine

Selbstverteidigungsbrigade bilden werden, um gegen die alle Grenzen überschreitenden Mitglieder „Rechten Sektors“, die sich in der Stadt herumtreiben, zu kämpfen.

Der vor kurzem zum Leiter des Stabs der Operation der Besatzungskräfte ernannte Kriegsverbrecher W.F. Salushnyj, der zuvor Kommandeur der operativ-taktischen Gruppe „Lugansk“ und Kommandeur des operativen Kommandos „West“ der ukrainischen Streitkräfte war, hat die Nazis vor dem Volkszorn gerettet.

W.F. Salushnyj ist gut für seinen Schutz von nationalistischen Einheiten in der Konfliktzone und für deren Unterstützung in jeglicher Beziehung bekannt. Bei seinem Dasein als Kommandeur der operativ-taktischen Gruppe „Lugansk“ hat er eine riesige Zahl von Nationalisten an der Kontaktlinie zusammengezogen, mit deren Hilfe er friedliche Ortschaften des Lugansker Lands beschossen hat, um die Verantwortung von den regulären Militäreinheiten abzuwälzen.

Jetzt verteidigt er die unter seinem Patenschaft stehenden Nazis und um einen Konflikt in seiner Flanke zu vermeiden, hat Salushnyj einen Platz in einem Lager in Saporoshje gefunden.

Wir schließen nicht aus, dass Salushnyj mit dem Beginn der Operation der Besatzungskräfte die Anwesenheit von nationalistischen Einheiten aus dem „Rechten Sektor“ und der „Ukrainischen Freiwilligenarmee“ in der Nähe der Kontaktlinie vergrößern wird, um Beschüsse unserer Territorien vorzunehmen und sich in der Folge versuchen wird „reinzuwaschen“, falls Einheiten und Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte der Kriegsverbrechen beschuldigt werden. Und um die Mitglieder des „Rechten Sektors“ ist es nicht schade – sie sind handeln ohnehin ungesetzlich und verbrecherisch.

Rusvesna.su: Ein Film über den Donbass mit einem Kommandeur der DVR in der Hauptrolle siegt bei einem Festival in den Vereinigten Staaten und wird für den „Oscar“ nominiert

Der Film des russischen Regisseurs Lenar Kamalow „Bereitschaft“ (Phone Duty) gewann den ersten Preis auf dem internationalen Tribeca Film Festival in New York.

Der Film gewann in der Nominierung zum „Besten Kurzspielfilm“.

Der Film ist dem Konflikt im Donbass gewidmet. Die Handlung wird aus der Perspektive eines Volksmilizionärs der Armee der DVR mit dem Codenamen „Kot“ erzählt (ihn spielt der russische Schriftsteller und stellvertretender Kommandeur der Armee der DVR Sachar Prilepin).

„Ich kann es einfach nicht glauben, dass wir das getan haben. Niemand hat geglaubt, dass uns jemand mit diesem Thema nehmen würde, man entmutigte mich zu drehen, entmutigte mich, mit dem Film zu amerikanischen Festivals zu gehen, niemand glaubte, dass es so ein Erfolg werden würde“, sagt der Regisseur Lenar Kamalow.

Wir fügen hinzu, dass die Gewinner des Festivals automatisch für den „Oscar“ nominiert sind.

<iframe width="420" height="315" src="https://www.youtube.com/embed/uFHm6BqG_eg" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>

https://youtu.be/uFHm6BqG_eg

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine **Tendenz zur Verschärfung**.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen siebenmal das Regime der Feueinstellung verletzt.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten der Ortschaften **Kalinowo, Frunse, Kalinowka, Perwomajsk, Shelobok und Donezkij**.

Bei den Beschüssen verwendeten die ukrainischen Streitkräfte 120mm- und 82mm-Mörser, Granatwerfer und Schusswaffen.

Insgesamt wurden mehr als 100 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen. Der Gegner konzentriert weiter Kräfte und Mittel in der Nähe der Kontaktlinie. Nach unseren Informationen fanden an der Eisenbahnstation Krasnyj Liman Maßnahmen zur Entladung eines Zugs statt, in dem sich 25 Einheiten Technik befanden, darunter 4 152mm-Geschütze „Giazint-B“, 6 100mm-Antipanzergeschütze.

Von der beklagenswerten Situation in den Reihen der ukrainischen Armee sprechen nicht nur Freiwillige, sondern auch die Soldaten und Offiziere der ukrainischen Streitkräfte selbst. In einem Kommentar des ukrainischen Mediums „Obosrewatel“ teilte der ehemalige Kommandeur der 5. Kompanie des Bataillons „Dnjepr-1“ Wladimir Schilow mit, dass die Berichte über die starke ukrainische Armee frei erfunden sind und die Situation mit jedem Tag schlimmer wird. Nach seiner Meinung, die mit vor kurzem in der Ukraine durchgeführten Umfragen übereinstimmt, wären etwa 50% der Soldaten bereit, jetzt die Verträge aufzulösen und die Reihen der ukrainischen Streitkräfte zu verlassen. Als hauptsächliche Gründe nennen die Soldaten das brutale Verhalten der Kommandeur und das Unverständnis für das Wesen des Konflikts, an dem sie teilnehmen.

Es wurde ein weiterer Fall von verbrecherischer Aktivität der Banden der Ukraine entdeckt. An der Eisenbahnstation in Rubshnoje werden nach der Entladung von Militärtechnik zivile Fahrzeuge, die örtlichen Einwohnern weggenommen wurden, sowie Container mit Haushaltstechnik und anderen Dingen in die umgekehrte Richtung transportiert. Vertreter der Polizei der Ukraine ignorieren das nicht nur, sondern fördern die Plünderungen.

Nur in einzelnen Fällen werden demonstrativ Protokolle erstellt und Diebstähle an Einwohnern durch die ukrainischen Besatzer festgehalten.

Die Volksmiliz der Republik verfolgt das Ziel, den Konflikt im Donbass auf friedlichem Weg zu lösen und hält die Minsker Vereinbarungen genau ein, aber im Fall ihres Bruchs durch die ukrainische Seite ist sie bereit, operativ mit adäquaten Gegenmaßnahmen zu reagieren.

Frage: Mit Beginn der militärischen Operation im Donbass werden neue Regelungen für die Überschreitung der Kontaktlinie für friedliche Einwohner eingeführt. Es werden sogenannte Sicherheitszonen geschaffen. Warum geschieht das aus militärischer Sicht?

Antwort: Die Änderung des Formats von „ATO“ auf „Operation der vereinigten Kräfte“ gibt ihnen nach Auffassung der verbrecherischen Kiewer Regierung und Najews einen vollständigen Freibrief. Unter anderem haben sie entschieden, in der Zone der Strafoperation **drei Zugangsebenen** einzurichten: grün, gelb und rot. Die letzte sieht ein Verbot des Zugangs für alle, außer den Soldaten der „Operation der vereinigten Kräfte“ vor, was eine grobe Verletzung des internationalen Rechts und der Bewegungsfreiheit der Menschen ist.

Vom militärischen Gesichtspunkt aus geschieht dies, um die Stationierung verbotener Waffen an der Kontaktlinie unter anderem auch vor den internationalen Beobachtern zu verheimlichen.

Frage: In der letzten Woche gab es in den Berichten der OSZE-Mission Hinweise auf die Entdeckung von Positionen der ukrainischen Streitkräfte im Trennungsabschnitt Perwomajsk-Solotoje.... Aus all dem Genannten kann man den Schluss ziehen, dass die Ausrüstung von Positionen der ukrainischen Streitkräfte in vollem Gang ist. Kommentieren Sie das bitte.

Antwort: Mir scheint, dass es hier nichts Besonderes zu kommentieren gibt. Neben der technischen Ausrüstung von Positionen an einem Abschnitt, wo die ukrainischen Streitkräfte gar nicht sein dürfen, läuft eine Konzentration von Kräften und Mitteln. Wir haben neue Positionen von 120mm-Mörsern und einen Panzer entdeckt, das ist schon eine klare Demonstration des Verhältnisses der ukrainischen Regierung zur friedlichen Regelung.

de.sputniknews.com: Medwedew: Das könnte Russland von den Amerikanern lernen
Der russische Premierminister Dmitri Medwedew hat in einem Interview für den Sender

„Rossiya 1“ gesagt, was Russland von den USA lernen könnte.
„Mich hat das immer verblüfft: Sie (die Amerikaner – Anm. d. Red.) konnten irgendwelche politischen und humanitären Forderungen an uns stellen. Und dann haben sie gesagt: „Wir haben hier Wirtschaftsinteressen, auch in Russland, fasst sie nicht an!““, so Medwedew. Das sei „harter US-amerikanischer Pragmatismus“, Russland könne davon sogar lernen. „Das heißt nicht, dass wir damit einverstanden sind. Mehr noch: Solche Schritte werden Gegenschritte nach sich ziehen“, so der russische Regierungschef weiter.
Zuvor hatte der russische Föderationsrat (Parlamentsoberhaus) einen Gesetzentwurf gebilligt, der Gegenmaßnahmen gegen Washington vorsieht. Das Dokument sieht ein Einfuhrverbot für Landwirtschafts-, Alkohol- und Tabakprodukte sowie für Medikamente aus den USA vor. Zudem ist darin die Einstellung der Zusammenarbeit zwischen Moskau und Washington im Atombereich und im Bereich des Flugzeugbaus sowie die Einschränkung des russischen Exports von Metallen der Seltenen Erden in die USA festgelegt.
Anfang April hatten die USA neue Sanktionen gegen 38 russische Geschäftsleute, Staatsbeamte und Unternehmen verhängt.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Im Bericht der OSZE für den 25.4.2018 haben Beobachter der OSZE-Mission die Entdeckung schwerer Waffen und Technik von Seiten der Streitkräfte der DVR angegeben:

„In nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten wurden mit Hilfe von Luftbeobachtung am 22. April 36 Panzer (unbekannten Typs) nicht weit von Manjulokwa (65 km östlich von Lugansk) entdeckt“.

Wir lenken die Aufmerksamkeit der **OSZE-Mission auf Fehler:**

Ersten befindet sich Manjulowka 65 östlich von Donezk, nicht von Lugansk.

Zweitens müssen nach dem Zusatz zum Maßnahmekomplex alle Panzer sowie Artilleriesysteme eines Kalibers unter 100mm und Mörser des Kalibers bis 120mm (einschließlich) 15 km von der Kontaktlinie abgezogen werden.

Also sind die Panzer der Streitkräfte DVR im Gebiet von Manjulowka etwa 60 km vom nächsten Punkt der Kontaktlinie entfernt und deshalb handelt sich nicht um eine Verletzung der Abzugslinie, die in den Minsker Vereinbarungen festgehalten ist, sondern sie befinden sich überhaupt außerhalb jeglicher Sicherheitszone.

Außerdem befindet sich in Manjulowka ein Übungsplatz der Streitkräfte der DVR, worüber die OSZE-Mission informiert ist. Entsprechend ist die Technik dort vollständig erklärt und natürlich.

Aus welchen Gründen die Beobachter in ihren Berichten regelmäßig die Entdeckung von Technik der Streitkräfte der DVR auf Übungsplätzen weit von der Kontaktlinie aufführen und gleichzeitig Technik der ukrainischen Streitkräfte, die sich auf Übungsplätzen oder in Ortschaften der Ukraine in einer Entfernung von 60, 80, 100 oder mehr km von der Kontaktlinie nicht aufführen, ist vollständig unklar.

Es bleibt zu hoffen, dass die OSZE-Vertreter trotz allem die grundlegenden Prinzipien der Unparteilichkeit und Transparenz in ihrer Arbeit beachten werden.

de.sputniknews.com: **Friedensnobelpreis für Trump? – Russischer Sicherheitspolitiker wittert Frevel**

Nach dem US-Raketenangriff Mitte April auf syrische Einrichtungen klingt die Initiative eines US-Senators, dem US-Präsidenten Donald Trump den Friedensnobelpreis zu verleihen, besonders verwerflich. Diese Auffassung vertritt der Vizechef des Verteidigungs- und Sicherheitsausschusses des Föderationsrates (russisches Oberhaus) Franz Klinzewitsch.

„Über Fakten lässt sich nicht streiten: Praktisch alle Konflikte in der jüngeren Geschichte sind auf dem Planeten gewissermaßen unter Teilnahme der USA verlaufen. Als letzter Punkt

kommt sofort die Bombardierung Syriens in Erinnerung, vor deren Hintergrund der Vorschlag zur Verleihung des Friedensnobelpreises an den US-Präsidenten einfach frevelhaft klingt“, sagte Klinzewitsch am Samstag vor Journalisten.

Was die Schritte zur Aufnahme des Friedensprozesses auf der Korea-Halbinsel anbelange, so seien diese eher den USA zuwider als dank diesem Land getan worden.

Am Freitag hatte der republikanische Senator des US-Bundesstaates South Carolina, Lindsey Graham, gegenüber dem TV-Sender Fox News gesagt, dass Trump der Friedensnobelpreis verliehen werden müsse, sollte Nordkorea sein Atomprogramm tatsächlich einstellen und die Situation auf der Korea-Halbinsel geregelt werden....

Dnr-online.ru: Heute um 9:35 haben ukrainische Truppen Dokutschajewsk massiv beschossen: zwei Männer starben, eine Frau wurde verletzt, es wurden elf Wohnhäuser, Fahrzeuge und ein Gebäude des kommunalen Unternehmens „Prometej“ beschädigt, teilt die Vertretung der DVR im GZKK mit:

Die Opfer des Beschusses:

L.Ja. Lichlolet, geb. 1955 – Splitterverletzung der rechten Schulter, sie wurden in das Dokutschajewsker Stadtkrankenhaus gebracht;

A.P. Plochich, geb. 1951 – Mitarbeiter des kommunalen Unternehmens „Prometej“ (er wurde in der Basarnaja-Straße 8 tödlich verletzt);

G.B. Bassov, geb. 1968 – Mitarbeiter des kommunalen Unternehmens „Prometej“ (er wurden in der Basarnaja-Straße 8 tödlich verletzt).

Es folgen genaue Angaben zu den elf beschädigten Häusern, meist sind Verglasung und Dächer beschädigt, aber auch Tore, Fassaden und ein Fahrzeug.

de.sputniknews.com: Merkel verspricht Trump Erhöhung der deutschen Militärausgaben

Deutschland wird im Jahr 2019 seine Militärausgaben auf 1,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigern. Dies sagte die Bundeskanzlerin Angela Merkel am Freitag in Washington auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit US-Präsident Donald Trump.

Deutschland müsse in der internationalen Arena „mehr Verantwortung“ übernehmen und seine Verteidigungsausgaben steigern, so Merkel. Die Bundesregierung stehe weiter hinter den von der Nato verabredeten Zielen zur Anhebung der jeweiligen Wehretats. 2019 würden die deutschen Verteidigungsausgaben auf 1,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen.

Wie westliche Medien zuvor spekuliert hatten, könnte der Kanzlerin bei ihrem Treffen mit dem US-Präsidenten am Freitag in Washington eine Standpauke von ihm drohen. Die Hauptdifferenzen zwischen Berlin und Washington betreffen die Forderung der Nato, die Wehrausgaben der Mitgliedsländer der Allianz auf zwei Prozent vom BIP zu erhöhen, und die Umsetzung des Pipeline-Projekts Nord Stream 2, hieß es.

Wie Merkel vor der Presse sagte, sei niemand an schlechten Beziehungen zu Russland interessiert. Laut der Kanzlerin habe sie mit Trump die Politik Russlands, seine Rolle in Syrien, die Situation in der Ukraine und mögliche Folgen der antirussischen US-Sanktionen für Deutschland besprochen.

Zuvor hatten deutsche Großunternehmen die Kanzlerin aufgerufen, gegen die antirussischen US-Sanktionen aufzutreten.

Ukrinform.ua: Merkel und Trump sprachen über die Ukraine

Deutschland begrüßt eine aktive Rolle der USA bei der Lösung der Situation in der Ukraine.

Das sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel auf einer Pressekonferenz mit US-Präsident Donald Trump nach ihrem Gespräch in Washington, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Beide hätten auch über die Ukraine gesprochen, wo es eine enge Zusammenarbeit gegen die illegitime Vorgehensweise Russlands in der Ostukraine und der Krim gebe. Sie

freue sich, dass die amerikanische Administration sehr eng in dieser Frage mit Partnern zusammenarbeite, was das Minsker Format erweitere. Weiter sagte Merkel, dass es ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen Deutschland und den USA im Blick auf die Konflikte mit Russland und Moskaus Rolle in Syrien gebe. Niemand sei daran interessiert, keine guten Beziehungen zu Russland zu haben. Aber solche Konflikte wie in der Ukraine müssten beim Namen genannt werden. Das Prinzip der territorialen Integrität eines Landes wie der Ukraine sei sehr wichtig und müsse eingehalten werden.

Dnr-online.ru: Heute am 28.4. um 10:00 hat der Störungsdienst von Donbassgas zahlreiche Splitterschäden an Verteilungsgasleitungen in der Swoboda-Straße und Sadowomy-Gasse in Dokutschajewsk festgestellt.

Eine Störungsbrigade hat die Schäden lokalisiert. Um 12:00 hat eine Reparaturbrigade mit der Beseitigung der Schäden des Artilleriebeschusses begonnen. An den Arbeiten sind 6 Personen und eine Einheit Spezialtechnik beteiligt. Bis zum Ende des Tages ist geplant, die Gasversorgung für die 60 betroffenen Häuser wieder in Betrieb zu nehmen.

Abends:

de.sputniknews.com: Russlands erstes schwimmendes AKW sticht in See

Das Baltische Werk, ein Maschinenbau- und Schiffbaubetrieb in St. Petersburg, hat nach eigenen Angaben das landeserste schwimmende Atomkraftwerk für die Energieversorgung in der Arktis nach Murmansk an der Barentssee geschickt.

„Das Kernheizkraftwerk ‚Akademik Lomonossow‘ hat sich in Bewegung gesetzt“, teilte ein Pressesprecher am Samstag mit.

Die Kraftwerksanlage mit 70 Megawatt Leistung ist für die Erzeugung und Lieferung von Wärme und Strom bestimmt und kann außerdem zur Entsalzung von Meerwasser eingesetzt werden. Das AKW umfasst zwei Reaktoren vom Typ KLT-40S, die bis zu 70 Megawatt Strom und 50 Gigakalorien Wärme pro Stunde erzeugen können.

Die schwimmende Kraftwerksanlage soll die überholten Kapazitäten des Atomkraftwerkes „Bilibinskaja“ ablösen, das jetzt 80 Prozent der Stromerzeugung im autonomen Energiesystem Tschau-Bilibino abdeckt



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32051/27/320512752.jpg>

de.sputniknews.com: Venezuelas Verteidigungsratschef: Russland macht USA Strich durch die Rechnung

Mit der Entsendung seiner Truppen nach Syrien hat Russland die Pläne der USA durchkreuzt, Syrien zum eigenen Vorteil zu spalten. Dies teilte der Generalsekretär des Nationalen Verteidigungsrates Venezuelas, Pascualino Angiolillo, am Samstag gegenüber Sputnik mit. "Zweifellos zielen Russlands Aktionen darauf ab, den US-Plan zum Erreichen des strategischen Ziels (in Syrien – Anm.d.Red.) zu vereiteln“, sagte Angiolillo.

Der Politiker hat ebenso betont, dass "die Pflicht Russlands, im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zusammenzuarbeiten, in Wirklichkeit darauf beruht, die destabilisierenden Versuche des Staates vom anderen Kontinent zur Finanzierung von Gruppen, die schließlich terroristisch werden, zu verhindern“.

Im September 2015 hatte Russland auf Bitte des syrischen Präsidenten Baschar Assad einen Verband seiner Weltraum- und Fliegerkräfte nach Syrien geschickt, um militärische Hilfe beim Kampf gegen die im Land agierenden Terrorgruppierungen zu leisten.

Im Dezember 2017 erklärte Präsident Wladimir Putin den IS* in Syrien für zerschlagen und ordnete den Abzug der russischen Truppen aus dem Land an.